



RESOLUTION

Eine wirkungsvolle EU-Kohäsionspolitik für die Bürger:innen – nur mit den Kommunen und Regionen Europas!

Seit 1992 leistet die Europäische Union mit einer weltweit einzigartigen Kohäsionspolitik einen wesentlichen Beitrag dazu, der ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung in den europäischen Regionen zu begegnen. Ziel der Kohäsionspolitik ist es, die ökonomischen und sozialen Disparitäten in der EU zu verringern, gemeinsame europäische Strategien regional umzusetzen und die Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen zu stärken, um es ihnen zu ermöglichen, ihre Potenziale im Binnenmarkt zur Geltung zu bringen. Eine solidarische und nachhaltige EU-Förderung strukturschwacher Stadtteile und ländlicher Gebiete stärkt den territorialen und sozialen Zusammenhalt Europas und zeigt den Menschen den Mehrwert unserer Europäischen Union auf. Mit Mitteln aus der Kohäsionspolitik unterstützt die EU z.B. den Ausbau von Infrastruktur, Maßnahmen zur Abschwächung und zur Anpassung an den Klimawandel, die Unterstützung des Strukturwandels in alten Industrieregionen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Qualifizierung von Arbeitslosen, die Sanierung von Stadtvierteln oder Projekte im ländlichen Raum. Wir benötigen auch in Zukunft eine nachhaltige EU-Förderung strukturschwacher Städte, Quartiere und ländlicher Gebiete.

PES Local bekräftigt, dass die Kohäsionspolitik ein grundlegender Pfeiler des EU-Entwicklungsmodells und das Kernstück der langfristigen, dezentralen Investitionspolitik innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens der EU für die Zeit nach 2027 bleiben muss und gestärkt wird. Die Kohäsionspolitik muss weiterhin als Garantie für die Teilhabe der Kommunen und Regionen am europäischen Projekt Bestand haben.

Wir unterstützen die Ziele und Forderungen der #CohesionAlliance sowie die Entschließung des Europäischen Ausschusses der Regionen zu dem Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 und die im Beschluss des PES Kongresses in Amsterdam „Lebensqualität in Städten und Regionen“ aus dem Oktober 2025.

Wir setzen uns insbesondere für folgende Punkte ein

- Die Kohäsionspolitik muss finanziell angemessen ausgestattet werden für die vielen Herausforderungen, die vor uns liegen.
- Auch künftig müssen alle Regionen in der EU grundsätzlich förderfähig bleiben.
- Die Kohäsionspolitik muss weniger bürokratisch, flexibler und transparenter sein.
- Die lokalen und regionalen Partner müssen stärker einbezogen werden.

Eine Zentralisierung der EU-Kohäsionspolitik lehnen wir grundsätzlich ab! Eine Verlagerung der Entscheidungsfindung auf die nationale Ebene ohne eine starke Einbeziehung der Kommunen und Regionen würde dem Prinzip der Subsidiarität zuwiderlaufen, die bewährte Multi-Level-Governance erheblich schwächen und in einem starken Widerspruch zum Partnerschaftsprinzip stehen.

Die kommunale Ebene kann durch ihre Kenntnis lokaler Bedingungen und Problemstellungen und ihren Sachverstand einen wichtigen Beitrag bei der Gestaltung einer bürgernahen Politik leisten.

Eine Zentralisierung schränkt die Mitsprache der Kommunen und Regionen und ihre Beteiligung bei der Gestaltung einer bedarfsgerechten und effizienten Kohäsionspolitik ein.

Durch eine Zentralisierung darf die Kohäsionspolitik in Staaten unter der Kontrolle rechtspopulistischer und nationalistischer Regierungen nicht zu einem Druckinstrument gegen Kommunen und Regionen werden, die für die Grundwerte der EU stehen. Eine dezentrale Kohäsionspolitik stärkt die Resilienz der Demokratie in Europa.

Nur zusammen mit starken und handlungsfähigen Kommunen können die anstehenden Transformationsprozesse bewältigt und eine gute Zukunft Europas gesichert werden.